

# Preise

## "Verbraucherpreisindex für Deutschland"

### Definition

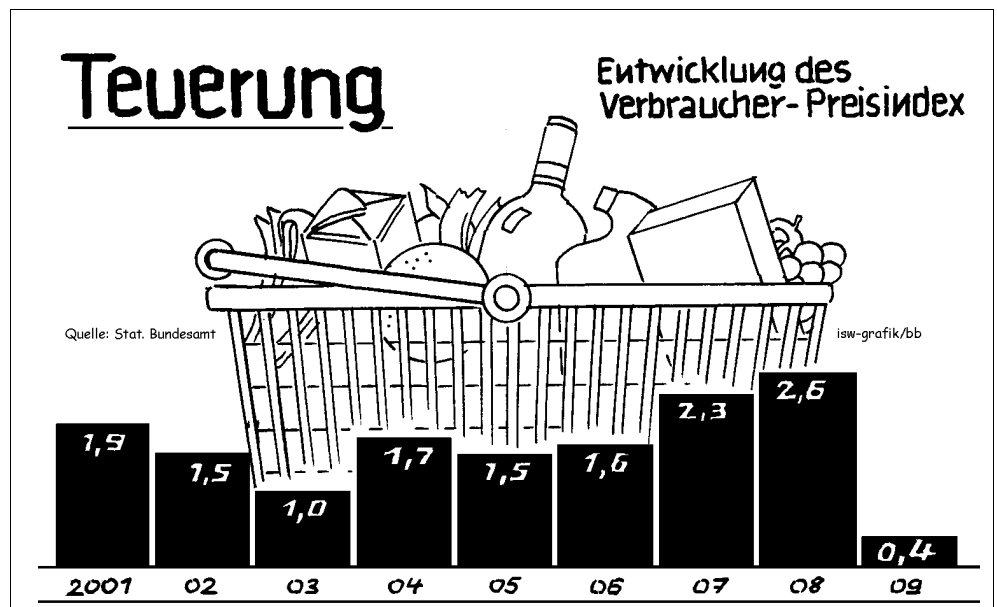
Der Verbraucherpreisindex widerspiegelt die Entwicklung der Kosten für die durchschnittliche Lebenshaltung eines Haushalts (häufig auch als Inflations- oder Teuerungsrate bezeichnet).

### Methodik

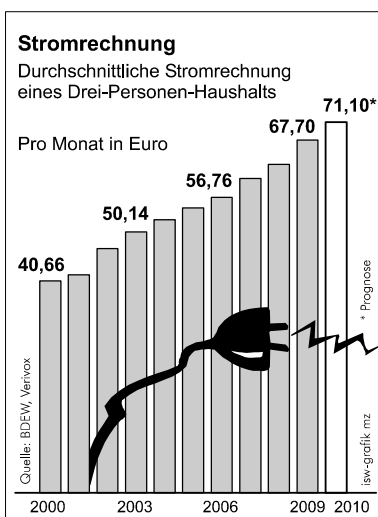
Zur Ermittlung wählen die Statistiker einen Warenkorb aus, der angeblich typisch für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte ist. Der Warenkorb ist mit 750 Produkten und Dienstleistungen gefüllt, die unterschiedlich gewichtet werden. Zusammensetzung des Warenkorbs und Gewichtung der Bestandteile werden alle fünf Jahre überprüft und je nach Kauf- und Lebensgewohnheiten verändert. Seit 1.3.08 bezieht sich das Statistische Bundesamt auf den Warenkorb des Jahres 2005 (neues Basisjahr). Seit neuestem berechnet auch das Statistische Bundesamt einen "Index der wahrgenommenen Inflation" (IWI). Er wird aus der Preisentwicklung der fünfzig häufigsten Güter gewonnen.

## 2009:

### ■ Verbraucherpreisindex: + 0,4 %



Im vergangenen Jahr haben sich die durchschnittlichen Lebenshaltungskosten kaum erhöht. Diese moderate Anhebung des Preisniveaus war fast ausschließlich auf Preisrückgänge bei Nahrungsmitteln (-1,3 %) und bei Energie zurück zu führen. Mineralölprodukte verbilligten sich 2009 um 15,8 % gegenüber dem Vorjahr. "Betrachtet man die so genannte Kerninflation, also die Preisveränderung ohne Energie und saisonabhängige Nahrungsmittel, so ergibt sich eine Jahresinflation von + 1,1 %", erklärte der Präsident des Statistischen Bundesamtes Egeler.



### Ausblick 2010: Es wird wieder teurer

Im Dezember 2009 hatte sich der Preisauftrieb mit + 0,9 % gegenüber dem Vorjahr wieder verstärkt. Insbesondere Energieprodukte waren teurer. Der Grund liegt in einem Anziehen der Konjunktur, insbesondere in den Schwellenländern, wo die Wirtschaft wieder rasant wächst. Damit wächst die Nachfrage nach Energiestoffen, Rohstoffen und Nahrungsmitteln. Doch es ist nicht allein die verstärkte Nachfrage, sondern die erneute Rohstoff- und Nahrungsmittel-Spekulation, die die Preise in die Höhe treibt. Geld zum Spekulieren ist genug da, zumal die Notenbanken die Finanzmärkte mit Unmengen an billigen Krediten geflutet haben.

Und schließlich steigen die Preise für Energie wieder infolge des Macht- und Preisdikts der Energiekonzerne. Die Strom- und Gasversorger kündigten bereits Ende vergangenen Jahres für 2010 deutlich höhere Tarife für Strom und Gas an. Allein der Strompreis (Grundtarif) ist im Schnitt von 18 Cent je KW/h (2005) auf mittlerweile 23 Cent gestiegen, ein Zuwachs von 28 % (siehe auch wirtschaftsinfo 42, S. 16f: Abzocker Energiekonzerne).

Für 2010 rechnet die Bundesregierung mit einem Preisanstieg von 1,1 %.

# Einkommensverteilung

Volkseinkommen, Lohnquote, Verfügbares Einkommen

## Definition

**Volkseinkommen** = Bruttozialprodukt minus Abschreibungen minus indirekte Steuern (abzüglich Subventionen) wird trotz Änderung der Methodik der VGR vom Statistischen Bundesamt weiterhin ausgewiesen.

**Primärverteilung** gibt die Lohnquote und die Gewinnquote an. **Lohnquote** = der prozentuale Anteil der Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit, das sind die sog. Arbeitnehmerentgelte (= Brutto-Lohn- und Gehaltssumme + Sozialbeiträge der Arbeitgeber) am Volkseinkommen (= Bruttolohnquote). (Brutto-)Gewinnquote: Anteil der "Unternehmens- und Vermögenseinkommen" am Volkseinkommen.

**Netto-Lohn- bzw. -Gewinnquote:** Sie geben Auskunft über den Anteil von Arbeit und Kapital an den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte.

**Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte:** Setzt sich zusammen aus der Nettolohn- und -gehaltssumme + "Empfangene monetäre Sozialleistungen" + Gewinn- und Vermögenseinkommen.

## 2009:

- **Lohnquote steigt – aber Volkseinkommen sinkt um 4 %**
- **Verteilungsverluste bei Arbeitnehmerentgelt: Seit 2000 insgesamt über 700 Milliarden Euro**

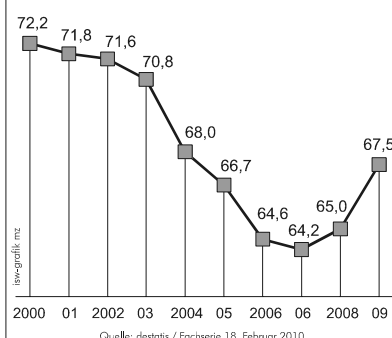
Im Jahr 2009 veränderte sich die Verteilungsrelation um 2,5 Prozentpunkte zugunsten der Lohnquote. Mit einem steigenden Wohlstand der Arbeitnehmer hat das nichts zu tun; vielmehr ist das Volkseinkommen wegen der Krise insgesamt um 75 Milliarden Euro (-4,0 %) geschrumpft. Per Saldo sanken die Arbeitnehmerentgelte geringfügig um zwei Milliarden Euro. Die Unternehmens- und Vermögenseinkommen verminderten sich um 73 Milliarden Euro. Das ist ein bekannter Effekt zu Beginn einer Krise: die Gewinne stürzen zunächst stärker ab. Im weiteren Verlauf und insbesondere im Aufschwung dreht sich das Ganze um: Die Gewinne explodieren, nicht zuletzt wegen der Lohndrückerei in der Rezession.

So rechnet der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung bereits für 2010 damit, dass die Unternehmens- und Vermögenseinkommen um 7,7 % in die Höhe gehen, während die Arbeitnehmerentgelte um 0,2 % sinken. Es wird sich dann die Verteilungsrelation für die Arbeitnehmer wieder gravierend verschlechtern.

Weitere Verteilungsverluste und damit Nachfrage- und Kaufkraftausfall sind die Folge. Wie wir in unten stehender Tabelle berechnet haben, addieren sich die Verteilungsverluste beim Arbeitnehmerentgelt seit dem Jahr 2000 auf über 700 Milliarden Euro.

## Absturz der Lohnquote

Anteil Arbeitnehmerentgelt am Volkseinkommen in Prozent



*Seit Beginn der 90er Jahre ist eine Tendenz festzustellen, dass der Anteil der Selbständigen- und Kapitaleinkünfte am gesamten Volkseinkommen stetig steigt. Der Anteil der Löhne an der gesamten Verteilungsmasse ist in einem historischen Tief. Insofern kann man die Arbeitnehmer als Verlierer bezeichnen.*

Karl Brenke, Verfasser der DIW-Studie "Reallöhne in Deutschland über mehrere Jahre rückläufig"

## Verteilungsverluste bei Arbeitnehmerentgelt

Jahr	Volkseinkommen in Mrd. Euro	Lohnquote (LQ)	Arbeitnehmerentgelt in Mrd. Euro	Arbeitnehmerentgelt bei LQ von 2000 in Mrd. Euro	Verteilungsverlust in Mrd. Euro
2000	1.524,4	72,2	1.100,1	1.100,1	–
2001	1.560,9	71,8	1.120,6	1.127,0	6,4
2002	1.576,1	71,6	1.128,3	1.137,9	9,6
2003	1.599,6	70,8	1.123,1	1.154,9	22,8
2004	1.672,3	68,0	1.137,1	1.207,4	70,3
2005	1.694,7	66,7	1.129,9	1.223,6	93,7
2006	1.778,1	64,6	1.149,0	1.283,8	134,8
2007	1.840,3	64,2	1.180,9	1.328,7	147,8
2008	1.886,0	65,0	1.225,1	1.361,7	136,6
2009	1.811,2	67,5	1.223,1	1.307,7	84,6

**Verteilungsverluste gesamt 706,6**

Quelle: destatis (Fachserie 18, Februar 2010)

isw-grafik mz

# Öffentliche Haushalte/Staatsverschuldung

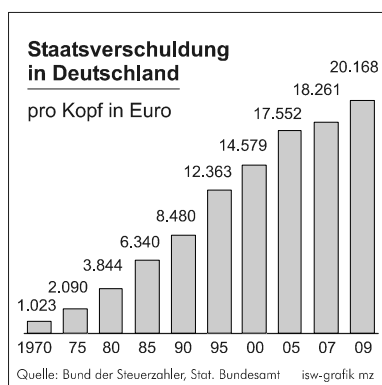
Verschuldung Öffentliche Hand, Pro-Kopf-Verschuldung, Zinszahlungen

## Definition

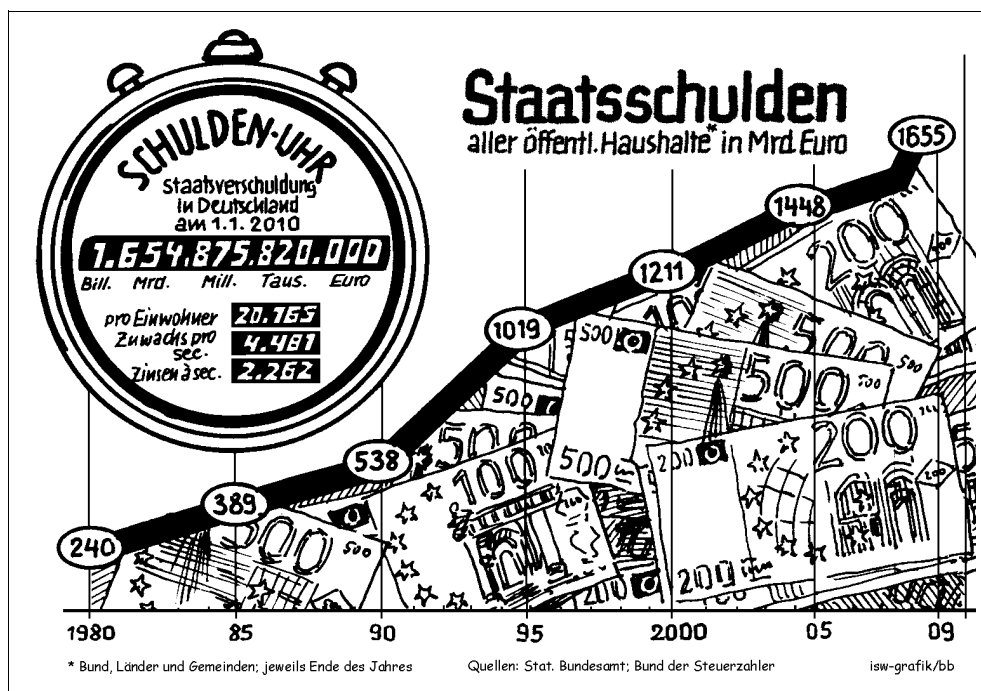
Die gesamte Staatsverschuldung (Verschuldung der Öffentlichen Hand) setzt sich zusammen aus der Verschuldung der Haushalte der Gebietskörperschaften – Bund, Länder, Gemeinden – und der sog. Sondervermögen und Fonds (z.B. Fonds "Deutsche Einheit" oder Bankenrettungsfonds/Soffin).

## ■ Ende 2009: Staatliche Rekordverschuldung: 1,69 Billionen Euro

## ■ 2010: 100.000.000.000 Euro neue Schulden des Bundes



So viel Schulden machte noch keine Regierung. Hundert Milliarden Euro Kredit – eine Zahl mit elf Nullen und einer Eins davor – will die Regierung Schwarz-Geld 2010 zur Deckung ihrer Haushaltsdefizite aufnehmen. Allein 85,8 Milliarden Euro für den Kernhaushalt, den eigentlichen Bundesetat und 14,5 Milliarden Euro für die Schattenhaushalte zur Bankenrettung und Konjunkturstützung: Soffin, Deutschland- und Investitionsfonds. Die Defizite von Länderetats und Kommunalhaushalten kommen noch dazu. Die gesamte Staatsverschuldung nähert sich langsam der Zwei-Billionen-Grenze: 1.692,2 Milliarden Euro waren es Ende 2009: Bund 1.053,8 Mrd., Länder 526,3 Mrd., Kommunen 112,1 Mrd. Euro. Pro Bundesbürger, ob Kind ob Greis, sind es über 20.000 Euro. Die Zinszahlungen allein für die Bundesschuld machen in diesem Etatjahr 40,4 Milliarden aus, der zweitgrößte Posten im Bundeshaushalt, fünf Milliarden Euro mehr als die Etats Gesundheit (16,2 Mrd. Euro), Umwelt (1,6 Mrd.), Familie (6,6 Mrd.) und Bildung u. Forschung (10,9 Mrd.) zusammengenommen.



Finanzminister Schäuble hat den Sündenbock für die Staatspleite gefunden: die globale Finanz- und Wirtschaftskrise. So als wären diese als unabwendbare Naturkatastrophen auf die Staaten hereingebrochen und nicht das Ergebnis einer Verteilungspolitik zugunsten des Großen Geldes. "Die Wurzel der Krise liegt nicht in der Finanzbranche, sondern im Auseinanderdriften der Einkommen", sagt der französische Konjunkturforscher Jean-Paul Fitoussi, einer der Chefdenker der Stiglitz-Kommission zur Finanzkrise bei der UNO. Und zu dieser Polarisierung haben alle Staaten und alle Bundesregierungen durch ihre Niedriglohnpolitik und steuerliche Privilegierung der Gewinn- und Zinseinkommen gehörig beigetragen. Schon die ersten Beschlüsse der neuen Bundesregierung betrafen Maßnahmen zur Steuervergünstigung von Hoteliers und Besserverdienern.